

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

04.03.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stadtentwicklung, kommunale Verkehrsplanung

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 18.11.2010**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:57 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 07.09.2010
Es wurden keine Beschlüsse gefasst.**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1** **Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales**
0555/2010
- 5.2** **Frauenpolitische Informationen**
0553/2010
- 6** **Haushalt 2011 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0548/2010
- 7** **Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 - 2013 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2007 - 2010**
0556/2010
- 8** **Umsetzung des Integrationskonzeptes**
- Verwendung finanzieller Mittel für geplante Maßnahmen 2010/2011
(vorgezogen, zuvor TOP 9)
0507/2010
- 9** **Finanzplanung Integrationsrat 2010**
(in Erweiterung der Tagesordnung laut Beschluss zu TOP 1)
0604/2010
- 10** **Probleme bei der Durchführung von Integrationskursen Deutsch**
0467/2010
- 11** **Änderungen des Gesellschaftsvertrages der GL Service gGmbH**
0546/2010
- 12** **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
0469/2010
- 13** **Anträge der Fraktionen**
- 14** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende schlägt vor, gemäß den Erläuterungen in der Tischvorlage 0603/2010 (*Anlage*) die Tagesordnung um die Tischvorlage 0604/2010 Finanzplanung Integrationsrat 2010 zu erweitern. Die Vorlage solle als TOP 9 in die Tagesordnung aufgenommen werden, nachdem der jetzige TOP 9 als TOP 8 behandelt werden solle. Als Ergebnis der Vorberatungen solle der jetzige TOP 8 „Wohnbaulandpotenzialanalyse“ in die kommende Sitzung vertagt werden.

Frau Dr. Werheit führt ergänzend zu dem zur Vertagung anstehenden TOP 8 aus, die zugesagten Steckbriefe für die Potenzialanalyse, d.h. eine Übersicht zu den Bewertungskriterien und Ergebnissen der einzelnen Flächen, sei den Ausschussmitgliedern in Form einer CD zwar fristgerecht vor der Sitzung zur Verfügung gestellt worden. Da es sich aber schon allein aufgrund der Vielzahl an Flächen um eine sehr komplexe Materie handele, werde empfohlen, TOP 8 zu vertagen, um so genügend Zeit für die Vorberatung in den Fraktionen zu ermöglichen. Daneben sei den Fraktionen eine komplette Liste aller Flächen mit dem Ergebnis der Empfehlung als Hilfsmittel für die Beratung zur Verfügung gestellt worden. Frau Dr. Werheit empfiehlt, bei weitergehendem Informationsbedarf im Laufe des Beratungsprozesses schriftlich nachzufragen. Dies trage sicher auch zur Entflechtung der Beratung im Rahmen der Ausschusssitzung bei.

Herr Waldschmidt äußert sein Missfallen an der Menge der in der Sitzung vorgelegten Unterlagen und bittet darum, wirklich eilige Unterlagen am Abend vor der Sitzung in die Fraktionen zu geben bzw. am Tag der Sitzung vormittags zustellen zu lassen. Es sei nicht möglich, 20 oder 25 Seiten vor oder während der Sitzung zu lesen. Er bittet darum, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen. Die Vorsitzende pflichtet dem bei.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig (bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB) folgenden **Beschluss** zur Tagesordnung:

1. **TOP 8 „Wohnbaulandpotenzialanalyse“ wird in die kommende Ausschusssitzung vertagt. An die Stelle von TOP 8 tritt der jetzige TOP 9 „Umsetzung des Integrationskonzeptes“.**
2. **Die Tagesordnung der Ausschusssitzung am 18.11.2010 für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann wird gemäß § 48 Abs. 1 GO NRW und § 12 Abs. 3 Geschäftsordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit erweitert:
Die Vorlage 0604/2010: Finanzplanung Integrationsrat 2010 wird als Tagesordnungspunkt A 9 öffentlich beraten.**

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 07.09.2010 Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erübrigt sich, da in der vergangenen Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Auf Wunsch von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Schmickler zur Diskussion um die Förderquoten im Bereich der Städtebauförderung für die Maßnahme Regionale 2010, stadt :gestalten. Am 19.11. tage die Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen als Gremium des Regionalrates. In der dieser vorliegenden Mitteilungsvorlage zum Städtebauinvestitionsprogramm 2011, einem Planungsvorschlag, sei tatsächlich von einer Förderquote von 70 % für das Projekt der Stadt Bergisch Gladbach die Rede. Dies sei interessanterweise auch in der Vorlage des vergangenen Jahres so dargestellt, obwohl im Anschluss dann die Zusage der Landesverwaltung und der Regionale-Agentur, es werde mit 90 % gefördert, erfolgt sei. Insofern könne also noch nicht von einer abschließenden Aussage über die tatsächliche Förderquote ausgegangen werden. Herr Urbach habe die Fraktionen informiert und an diese appelliert, die Kreisvertreter ihrer Fraktionen in der morgigen Sitzung der Kommission um Einflussnahme zu bitten und insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Stadt Bergisch Gladbach nach wie vor davon ausgehe, dass ein Volumen von 10 Mio. Euro für die Förderung dieses Projektes zur Verfügung stehe.

Herr Waldschmidt stellt klar, er habe die Unterlagen und die Information erst am 16.11.2010 erhalten. Um die Rechtzeitigkeit der Informationserteilung gegenüber der Politik entwickelt sich eine kritische Diskussion, an der sich Herr Waldschmidt, Frau Schundau, Herr Dr. Bernhauser, Frau Hammelrath und Herr Schmickler beteiligen.

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt führt Herr Schmickler weiter aus, dass eine Entscheidung der Landesverwaltung zur Förderquote noch ausstehe, sie werde erst durch den Förderbescheid getroffen. Herr Schmickler schlägt vor, sich nach Vorliegen des Ergebnisses der Diskussion in der morgigen Kommissionssitzung hinsichtlich weiterer Schritte zu verständigen.

5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales 0555/2010

Herr Hastrich nimmt Bezug auf die mit der Einladung versandte Vorlage.

Darüber hinaus berichtet Herr Hastrich über die bedauerlicherweise zum Jahresende bevorstehende Einstellung der Arbeit des Forums Jungenarbeit. Zur näheren Information weist er auf eine im Vorgriff auf die Jugendhilfeausschusssitzung am 30.11.2010 den Mitgliedern des ASSG bereits jetzt als Tischvorlage bereitgestellte Vorlage „Auflösung des Forums Jungenarbeit“ (*Anlage*) hin.

5.2. Frauenpolitische Informationen *0553/2010*

Frau Schundau merkt an, dass inhaltlich der mit der Vorlage zur Verfügung gestellten Informationen neben dem geringen Frauenanteil an Führungspositionen in der Stadtverwaltung auch die geringe Anzahl an Frauen in den durch den Rat zu besetzenden Gremien zu bedauern sei. Sie halte einerseits vermehrtes Engagement der Verwaltung, andererseits der Fraktionen für sinnvoll. Darüber hinaus halte sie die Steigerung des Anteils der männlichen Fachkräfte in den Kindertagesstätten für sinnvoll und greift den Gedanken an die Einführung eines Boys' Days wieder auf. Hinsichtlich des Medienkoffers „Frauen und Männer“ regt Frau Schundau zusätzliche arbeitspraktische Informationen an die entsprechenden Lehrkräfte an.

6. Haushalt 2011 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen *0548/2010*

Die Vorsitzende schlägt einleitend vor, lediglich zu beraten und zu beschließen, die Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen, um dessen Entscheidung nicht vorzugreifen.

Herr Schmickler berichtet, Herr Mumdey habe ihn heute Nachmittag über den Umstand informiert, dass im Bereich des Haushaltssicherungskonzepts den Fachbereich 5 und hier ausschließlich die Zurechnung von Personalkosten betreffend Korrekturen erforderlich seien, deren rechtzeitige Bereitstellung vor dem Haupt- und Finanzausschuss signalisiert worden sei. Die bedauerliche Situation solle nicht an der inhaltlichen Diskussion in der heutigen Sitzung hindern.

Herr Waldschmidt zweifelt an der Sinnhaftigkeit, über nicht zutreffende Zahlen zu diskutieren. Herr Schmickler antwortet, dass nach dem Telefonat mit Herrn Mumdey insgesamt von der Einhaltung des Korridorrahmens ausgegangen werden könne.

Herr Hastrich ergänzt, es habe bedauerlicherweise ein Abgrenzungsproblem bei der Zuordnung der Personalkosten im Rahmen der HSK-Maßnahmen des Fachbereichs 5 gegeben.

Es entwickelt sich ein kritischer Meinungs austausch um das Für und Wider der heutigen Beratung der Haushaltsvorlage angesichts der von Herrn Schmickler eingangs dargestellten aktuellen Situation.

Herr Dr. Metten regt in diesem Zusammenhang an, Verwaltungsvorlagen grundsätzlich mit Kürzeln der jeweiligen Ansprechpartner und -partnerinnen zu versehen, um so die Möglichkeit der schnellen Abhilfe bei Rückfragen zu schaffen. Diese Anregung könne ggf. noch einmal über den Ältestenrat auf den Weg gebracht werden.

Frau Schmidt-Bolzmann bittet um Aufklärung der unterschiedlichen Jahresansätze im Bereich Stadtentwicklung. In diesem Jahr sei für die Produktgruppe 9.615 ein - früher schon einmal auf 212.000 € festgelegter - Betrag von 286.500 € verzeichnet, der neue Ansatz betrage 528.300 € Es ergebe sich ein Plus von 316.300 € Dies sei nach Meinung der FDP-Fraktion nicht

mehr mit der aktuellen Haushaltslage vereinbar und müsse diskutiert werden. Die Maßnahmen müssten gestreckt und der Standard reduziert werden.

Frau Dr. Werheit erläutert, im Bereich der Stadtentwicklung sei ein langfristiger Vergleich der Ansätze deshalb schwierig, weil in den letzten Jahren im Rahmen der Stadtentwicklung sehr viele zuvor nicht erarbeitete Aufgaben aufgeholt werden mussten. Die Zahlen wichen u. a. auch vor dem Hintergrund der personellen Verschiebungen von früheren Haushaltsansätzen ab. Ohne Personalkosten belaufe sich der Ansatz für die Stadtentwicklung auf rund 227.000 € (*s. Anlage*). Die Vorbereitung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans erfordere sehr gebündelte Projekte und Fachbeiträge als Arbeitsgrundlage. Der Flächennutzungsplan selbst und die Vorbereitung zur Schaffung von Grundlagen würden als pflichtige Aufgabe gesehen. Frau Schmidt-Bolzmann führt für die FDP-Fraktion aus, der Flächennutzungsplan sei zwar pflichtig, aber die angesetzten Standards könne sich eine Stadt im Nothaushalt nicht leisten.

Herr Waldschmidt unterstützt Frau Schmidt-Bolzmann in dieser Aussage. Im Nothaushalt seien auch diesem Fall Abstriche zu machen. Herr Waldschmidt stellt den Ablauf einer von ihm besuchten Veranstaltung zur ISEK dar und führt aus, zumindest hinsichtlich des von ihm besuchten Veranstaltungsteils sei anstelle des beauftragten Instituts auch die Verwaltung zur Durchführung in der Lage gewesen. Nach seiner Auskunft würden die Kosten für das Stadtentwicklungskonzept 140.000 € betragen.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, der heute noch gültige Flächennutzungsplan stamme von 1978 und sei in vielen Teilen überholt. Wegen der im Flächennutzungsplan enthaltenen mittel- und langfristigen Planungen lohne es sich, intensiv daran zu arbeiten. Das gehe nicht zum Nulltarif. Die bei der Erstellung eines Flächennutzungsplanes anfallenden Kosten seien in der Umrechnung auf seine Wirkungskdauer von 15 oder 20 Jahren relativ gering. Die CDU-Fraktion sei aber nicht immer der Überzeugung, dass externe Unternehmen beauftragt werden müssten. Mit Blick auf die vielen guten Kompetenzen innerhalb der Stadtverwaltung müsse genau hingesehen werden, welche Dinge ebenso gut von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung erledigt werden könnten. Auch eine stärkere Beteiligung von fachkompetenten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern an den Planungen könne möglicherweise nicht nur zu einer Qualitätsverbesserung beitragen, sondern auch Kosten sparen.

Frau Schundau gibt Frau Schmidt-Bolzmann darin Recht, dass man bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes bei gleicher Qualität auch mit weniger Geld auskommen könne. Als positives Beispiel für eine solche Leistung der Verwaltung nennt Frau Schundau die Erstellung der Wohnbaulandpotenzialanalyse.

Herr Dr. Metten appelliert an die Verwaltung, sich auf das Wesentliche zu beschränken und die Chance zu ergreifen, die eigene Leistungsfähigkeit zu zeigen. Beispielsweise im Bereich der Druckkosten müsse es nicht immer eine Hochglanzbroschüre sein.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass Sinn und Zweck der ISEK-Veranstaltung genau die von Herrn Dr. Bernhauser eingeforderte Einbindung der kompetenten Bürgerinnen und Bürger sei. Die Veranstaltung habe diesen Zweck auch aus der Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfüllt. Es seien insgesamt 64 hauptamtlich wie ehrenamtlich arbeitende Fachleute aus Bergisch Gladbach zu verschiedensten Themenfeldern zur Veranstaltung eingeladen worden. Es gelte aber für diese wie für alle anderen Veranstaltungen, Untersuchungen und Überlegungen, ob aus der Verwaltung, von dritten Büros oder aus der Bevölkerung: alle diese Beiträge seien Abwägungsbeiträge und Entscheidungshilfen letztlich für die planerischen und damit für die politischen Entscheidungen.

Zu der Frage der externen Auftragsvergabe weist Herr Schmickler auf die in der Anlage zur Vorlage enthaltene Aufstellung hin, die solche Aufträge wie beispielsweise den Dateneinkauf beinhalte. Auch sei der für manche Darstellungen erforderliche Farbdruck extern preiswerter zu erhalten. Hinsichtlich der von Frau Schundau hervorgehobenen von der Verwaltung erstellten Wohnbaulandpotenzialanalyse sei zu beachten, dass sie über Monate und Jahre die Kapazitäten des Bereichs Stadtentwicklung zu weiten Teilen gebunden habe. Daneben müsse in all diesen Fällen überlegt werden, ob es passende Computerprogramme und Arbeitsgrundlagen gebe. Letztlich stelle sich die Frage, ob nicht durch die interne Bearbeitung ein weitaus größerer Aufwand ausgelöst werde als durch die Beauftragung eines externen Unternehmens, das diese Arbeiten jeden Tag

erledige. Selbstverständlich würden auch weiterhin Teile selbst durch die Verwaltung erledigt. Wenn dieser Anteil jedoch deutlich ausgeweitet werden sollte, sei das nur durch Personal aus anderen fachkompetenten Bereichen der Verwaltung wie der Stadtplanung zu bewerkstelligen. Ob die dann dort gerissene Lücke zu vertreten sei, wage er zu bezweifeln.

Abschließend weist Herr Schmickler darauf hin, dass wesentliche Teile der Mittel, die für das kommende Jahr beantragt wurden, bereits gebunden seien. Es seien von der Politik beschlossene Aufträge erteilt worden. Der Auftrag für das Stadtentwicklungskonzept sei ausführlichst vorgestellt und erörtert worden.

Herr Dr. Karich ist unter Hinweis auf die Einführung des Kämmerers zur Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Stadt in den Jahren 2003 bis 2010 sehr verwundert darüber, dass die Stadt in der Größenordnung von 10 Jahren über ihre Verhältnisse lebe. Das System müsse an den Wurzeln kuriert werden und angesichts der Verwahrlosung von Schulen für die Bürgerschaft besser erkenntlich werden, dass im Haushalt massiv gespart werden müsse, so interpretiere er die vorausgegangene Kritik an der Situation und auch an der Veranstaltung.

Herr Schmickler hofft, dass deutlich geworden sei, dass gerade im Bereich der grundsätzlichen Planung in der Stadt ein Defizit zu schließen sei.

Zu der ISEK-Veranstaltung, führt Herr Schmickler ergänzend aus, hätten die 64 eingeladenen Führungskräfte überschlägig 100 Arbeitstage kostenlos der Stadt zur Verfügung gestellt, gegen Verpflegung in Form von Mittag- und Abendessen. Durch diese Veranstaltung seien einerseits preiswert weit reichende Fachkompetenzen erschlossen, andererseits Bürgerinnen und Bürger eingebunden worden. Das Ergebnis der abschließenden Fragerunde der Veranstaltung sei ein vollständig positives Urteil gewesen. Dem gegenüber hätten alternativ auch fünf Fachgutachten, jeweils zu den einzelnen Themenbereichen, vergeben werden können.

Frau Schöttler-Fuchs ist auch angesichts dieser Darstellung von Herrn Schmickler verärgert darüber, dass in der offenen Kinder- und Jugendarbeit 150.000 € eingespart und 140.000 € für eine Veranstaltung zur Entwicklung des Flächennutzungsplanes ausgegeben worden seien.

Herr Hastrich verweist noch auf die als Tischvorlage ausliegenden und größtenteils gestern bei der Verwaltung eingegangenen Unterlagen betreffend die Bezuschussung bzw. Nichtbezuschussung der Altenclubs (*Anlage*).

Herr Hastrich erläutert abschließend noch einmal, dass hinsichtlich der in der Vorlage für den Fachbereich 5 eingestellten Zahlen möglicherweise an der Schnittstelle der am Haushalt beteiligten Fachbereiche 5 Jugend und Soziales, FB 1 (hier: Personalkosten) und des koordinierenden Fachbereichs 2 Finanzen Differenzen zum Haushaltssicherungskonzept bestünden. Wie von Herrn Schmickler eingangs dargestellt, würden möglicherweise bestehende Differenzen aufgearbeitet und zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nachgeliefert.

Nach ausgiebiger Beratung fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

7. **Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 - 2013 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2007 - 2010**

0556/2010

Frau Fahner führt aus, die Aspekte „Chancengleichheit für Frauen und Männer“ und „Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ seien die Gründe für die Umbenennung des

Frauenförderplans in „Plan zur Chancengleichheit“, daneben seien jedoch nach wie vor spezielle Frauenfördermaßnahmen erforderlich.

Insgesamt sieht Frau Fahner die Verwaltung auf einem guten Weg, das Thema Frauenförderung sei Gegenstand vieler Beratungen, auch in den Gremien der Führungskräfte.

So sei es bei den Sitzungen Fachbereichsleitungen selbstverständlich, dass Gleichstellungsthemen nicht nur beraten, sondern auch nach Lösungen gesucht werden.

Das Thema Teilzeitarbeit habe sich ausgesprochen positiv entwickelt. Die Erhöhung von 44 auf heute über 100 Teilzeitmodelle sei Ausdruck des Entgegenkommens der Verwaltung hinsichtlich der Teilzeitleistungen und -wünsche der Beschäftigten.

Eine ausgesprochen positive Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich 1 und dem Frauenbüro gebe es auch im Bereich der Aus- und Fortbildung. Ein Beispiel sei das aus dem Kreis der weiblichen Führungskräfte angeregte Coaching für Führungskräfte, an dem zu Beginn 1/3 aller Führungskräfte teilgenommen haben.

Insgesamt, so führt Frau Fahner weiter aus, habe sich im Vergleich zum Frauenförderplan am Frauenanteil in der Verwaltung wenig geändert. Im Beamtenbereich habe sich im Bereich A12 und A13 der Frauenanteil positiv verändert, ebenso bei den tariflich Beschäftigten in der Entgeltgruppe A11.

Frau Fahner sieht es als wichtigstes und zentrales Thema der kommenden Jahre, den Frauenanteil an den Führungspositionen zu erhöhen. Hier habe es im Vergleich zum Frauenförderplan lediglich eine Entwicklung von 23,5 auf 27 % gegeben.

Frau Schneider begrüßt angesichts der wachsenden Beteiligung von Männern am Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ die Umbenennung des Frauenförderplans in „Plan zur Chancengleichheit“. Daneben müsse Frauenförderung so lange betrieben werden, bis endlich eine Gleichheit wie z.B. „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ entstanden sei. In der Stadtverwaltung sei durch regelmäßige Förderung und Weiterqualifizierung von geeigneten Frauen deren Anteil an Führungspositionen verbesserbar.

Herr Mörs macht auf die auf der Maßnahmensseite der Feuerwehr aufgeführten Einstellungen von zwei weiblichen Auszubildenden aufmerksam. Er gehe davon aus, dass zuvor der Einstellungstest erfolgreich absolviert werden müsse. Herr Dr. Bernhauser sieht in den städtisch steuerbaren Maßnahmen des Plan zur Chancengleichheit gute Zielperspektiven, weist aber unter Bezugnahme auf das von Herrn Mörs Gesagte darauf hin, dass bei den Einstellungsvoraussetzungen Landes- oder Bundesrichtlinien und -gesetze zu beachten seien. Frau Fahner bestätigt Letzteres. Eignung, Befähigung und fachliche Leistung seien Voraussetzungen für eine Einstellung, für Frauen ebenso wie für Männer.

Im Beamtenbereich der Feuerwehr habe die Stadtverwaltung noch immer keine Frau und es sei problematisch, überhaupt Frauen in diesem Berufszweig zu bekommen. Der Plan zur Chancengleichheit setze eher auf flankierende Maßnahmen wie die Beteiligung der Feuerwehr am Girls Day, um überhaupt Mädchen auf diesen Berufszweig aufmerksam zu machen.

Auf Nachfrage von Herrn Sirmasac berichtet Frau Fahner, dass es aufgrund der geringen Anzahl der Fachbereichsleitungen und der damit verbundenen begrenzten Möglichkeiten einer neuen Stellenausschreibung schwierig sein werde, den Frauenanteil zu erhöhen. Frau Fahner appelliert an die Ausschussmitglieder, bei mit politischem Hintergrund zu besetzenden Stellen geeignete Frauen zu informieren, damit überhaupt eine Chance für deren Bewerbung bestehe.

Die Ausschussmitglieder beschließen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

Der Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 – 2013 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.

8. Umsetzung des Integrationskonzeptes
- Verwendung finanzieller Mittel für geplante Maßnahmen 2010/2011
0507/2010

(vorgezogen: zuvor TOP 9)

Herr Hastrich gibt kurze ergänzende Informationen zur Vorlage.

Herr Waldschmidt regt an, für den Integrationsrat als ein demokratisch durch Wahlen legitimiertes Gremium schnellstmöglich die satzungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, seine Ausgaben im Rahmen des ihm vorgegebenen Budgets selbst beschließen zu dürfen.

Herr Dr. Bernhauser signalisiert seine Unterstützung, wenn diese die Kompetenz des Integrationsrates stärkende Maßnahme nach der Gemeindeordnung möglich sei.

Herr Hastrich berichtet, die Verwaltung befasse sich gemeinsam mit dem Vorstand des Integrationsrats bereits damit, eine dies berücksichtigende neue Geschäftsordnung für den Integrationsrat zu erarbeiten.

Die Ausschussmitglieder fassen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, betreffend die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die geplanten Maßnahmen werden genehmigt.

9. Finanzplanung Integrationsrat 2010
0604/2010

(in Erweiterung der Tagesordnung laut Beschluss zu TOP 1)

Auf Nachfrage der Vorsitzenden bestätigt Herr Hastrich, vorliegend handele sich um dem Integrationsrat zur Verfügung stehende und durch Beschluss des Ausschusses freizugebende Haushaltsmittel. Die Vorlage liege wegen der Klausurtagung des Integrationsrates am vergangenen Wochenende erst heute als Tischvorlage (*Anlage*) vor.

Die Ausschussmitglieder beschließen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, betreffend die in der Vorlage dargestellte Finanzplanung einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss:

Der Finanzplanung wird zugestimmt.

10. Probleme bei der Durchführung von Integrationskursen Deutsch
0467/2010

Die Vorsitzende informiert die Ausschussmitglieder ergänzend, der Rat habe in seiner Sitzung am 05.10. die Resolution zur Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen zu den Integrationskursen einstimmig verabschiedet.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser bittet die Vorsitzende darum, der Niederschrift eine eventuell bis dahin vorliegende Reaktion auf die Resolution beizufügen.

(Red. Anmerkung: zum Zeitpunkt des Drucks der Niederschrift lag eine Stellungnahme noch nicht vor.)

11. Änderungen des Gesellschaftsvertrages der GL Service gGmbH
0546/2010

Herr Dr. Bernhauser berichtet ergänzend, die letzte Gesellschafterversammlung habe einstimmig die dargestellten Veränderungen beschlossen. Durch eine Verabschiedung im Rat werde u. a. auch eine Ökonomisierung und Vereinfachung der Aufsichtsratssitzungen bewerkstelligt.

Die Ausschussmitglieder beschließen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig (bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB) folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

- 1. Der Rat beschließt die Änderungen des § 3, Nr. 4, sowie des § 13, Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott.**
- 2. Der Rat beschließt die Änderung des § 10, Nr. 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Geschäftsführung.**
- 3. Der Rat beschließt die Änderung des § 8 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Geschäftsführung.**

12. Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW
0469/2010

Herr Schmickler führt ergänzend zur Vorlage aus, der AUKV habe in seiner Sitzung am 16.11.2010 dem Rat den Erlass der Zielvereinbarung einstimmig empfohlen.

Nach seiner persönlichen Auffassung handele es sich dabei um eine logische und zwingende Fortsetzung der ersten Zielvereinbarung, vorliegend für den Bereich der öffentlichen Gebäude, nach dem im Hochbaubereich bereits erprobten und bewährten Verfahren.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, es müsse auf der letzten Seite der der Vorlage anhängenden Zielvereinbarung unter Schlussbestimmungen "**salvatorische** Klausel" anstatt "salvatorianische Klausel" heißen.

Die Ausschussmitglieder beschließen nach der zuvor genannten redaktionellen Änderung einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

Der beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.: Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.: Gitta Schablack
Schriftführerin